

Das chilenische Forstmodell

Die Broschüre thematisiert die Folgen der Holzwirtschaft, die langjährigen Landkonflikte sowie den Widerstand und die alternativen Landnutzungskonzepte der ansässigen Bevölkerung. Die Online-Broschüre entstand nach dem viermonatigem Aufenthalt des Zwischenzeit-Teams in Chile.

Produktion:

Sherin Abu Chouka und Heiko Thiele
(Zwischenzeit e.V.)

10.2020



Soziale Rebellion, Pandemie und der wachsende Zellstoffkonsum

Ende 2019 erfasst Chile eine soziale Rebellion. Auslöser für die landesweiten Proteste ist eine geringe Erhöhung der Metropreise. Dem breiten gesellschaftlichen Bündnis gehe es nicht um 30 Pesos, sondern um 30 Jahre Machtmissbrauch. Denn auch nach der Diktatur besteht das neoliberale Wirtschaftssystem weiter. Heute ist der öffentliche Sektor größtenteils privatisiert, die Verarmung der Bevölkerung und die Zerstörung der Lebensgrundlagen schreiten voran. Neu ist an den Massenprotesten, dass nicht mehr nur die Studierenden und Schüler:innen auf die Straßen gehen.

Die Aktivistin Amanda Mitrovich beschreibt die Stimmung auf den Demonstrationen wie folgt:

»Die Kinder fordern bessere Renten für ihre Großeltern, die Großeltern eine bessere Ausbildung für ihre Enkel. Diejenigen, die nach der Diktatur geboren wurden, verlangen Gerechtigkeit für die verschwundenen Gefangenen. Wir fordern alles für alle, weil wir so nicht weiterleben können.«

Die chilenische Mehrheit drängt auf eine neue Verfassung. Die gültige stammt aus der Diktatur und liefert den Rahmen für das heutige Rechts- und Wirtschaftssystem.

Zudem fordert sie den Rücktritt von Präsident Sebastián Piñera und die Abkehr vom Militarismus.

Der Staat reagiert auf die Mobilisierungen mit Repression und zahlreichen Inhaftierungen. Piñera spitzt die Situation in einer Fernsehrede weiter zu, indem er die Situation mit dem Satz »Wir befinden uns im Krieg« beschreibt und die Protestierenden als Feinde bezeichnet. Die Regierung ruft den Notstand aus und verhängt eine Ausgangssperre - ohne Erfolg. Mehr als 3,7 Millionen Menschen, also ca. jede:r fünfte Einwohner:in Chiles reagieren darauf mit landesweiten Blockaden.

Das Chilenische Menschenrechtsinstitut kritisiert Gewalt, sexuelle Übergriffe und Folter durch die Ordnungskräfte. Innerhalb weniger Monate verzeichnet es 35 Tote, 4000 Verletzte und nahezu 40.000 Festnahmen.

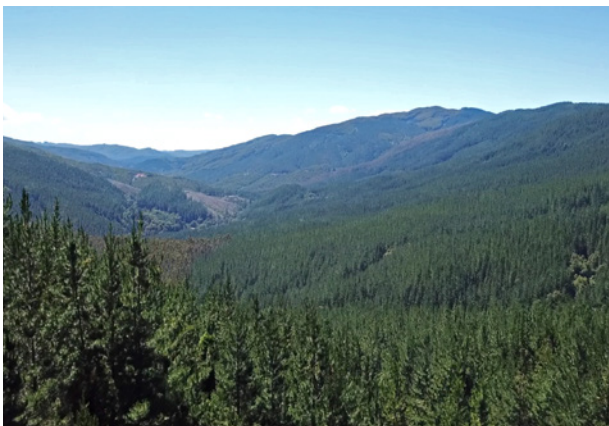
Die Selbstorganisation der Bevölkerung wird im Verlauf der Monate immer stärker. In vielen Städten entstehen Nachbarschaftsversammlungen und plu-ri-nationale Treffen. In diesen diskutieren die Beteiligten über eine alternative Zukunft in Chile.



Die Proteste zeigen, dass die etablierten politischen Parteien immer weniger Rückhalt in der Bevölkerung genießen; dieses Mal wollen die Menschen über ihre Verfassung mitentscheiden. Es beginnt ein Ringen darum, wer die neue Verfassung mitgestalten darf. Im Mai 2021 können sich neben den Berufspolitiker:innen auch Direktkandidat:innen aus der Bevölkerung in die verfassungsgebende Versammlung wählen lassen, wobei die Hälfte der Sitze an Frauen geht und 18 der 164 Sitze für die Angehörigen der neun indigenen Völker Chiles reserviert sind. Allerdings müssen diese Kandidat:innen aus der Bevölkerung ihren »Wahlkampf« aus eigenen finanziellen Mitteln bestreiten.

Als die Corona-Pandemie Chile erreicht, protestieren die Menschen weiter, jedoch nicht wie in Deutschland gegen die Pandemie-Bestimmungen der Regierung, sondern für die Durchsetzung von Corona-Richtlinien am Arbeitsplatz und im öffentlichen Raum. Während sich in Deutschland die Meldungen über erhöhten Verpackungsverbrauch und Engpässe von Klopapier häufen, blockieren chilenische Angestellte im April 2020 eine der größten Zellstofffabriken Südamerikas. Sie fordern bessere Hygienestandards und gesicherte Löhne bei Corona-Erkrankung.

Gerade in Krisenzeiten wird die Fragilität der weltweiten Lieferketten deutlich. Der Zellstoff dieser Fabrik wird maßgeblich auch in Deutschland verarbeitet und viele unserer Papierprodukte enthalten Zellulose aus Chile.



Die Plantagenfläche hat in den letzten Jahrzehnten zugenommen – zumeist durch die Abholzung des Primärwaldes. Heute gelten 3,2 Millionen Hektar als Monokultur und sind überwiegend mit Kiefern- und Eucalyptusarten bepflanzt.

Bevor die Proteste Ende 2019 begannen, sind wir in den Süden Chiles gereist. Dieses Gebiet ist großflächig gewaldet, wie nahezu ein Fünftel der chilenischen Landesfläche. Den überwiegenden Teil dieser 15 Millionen Hektar nehmen Mischbestände wie Buchen, Eichen, Zedern, Zypressen und Araukarien ein.

Unberührte Naturwälder wachsen heute nur noch in entlegenen Berggebieten, auf Inseln und in Nationalparks. Sie sind wichtige Rückzugsräume für bedrohte Tier- und Pflanzenarten.



Uns interessierte die chilenische Forstwirtschaft, die als profitabler und expandierender Wirtschaftszweig freiwillig nach FSC-Kriterien produziert. Wir wollten wissen, ob es sich um ein ökologisches und zukunftsfähiges Modell für Wirtschaft und Umwelt handelt? Der Weg vom Samen zum Zellstoff ist langwierig. Die technisierten Baumschulen verwenden spezielles Saatgut für das Heranziehen der Stecklinge. Einige Monate bewässern und düngen sie die Jungbäume und besprühen sie mit Pestiziden. Nach mehrmaligem Umpflanzen beliefern die Baumschulen dann die Forstunternehmen. Auf den Plantagen existiert ein regelmäßiger Zyklus von der Anpflanzung bis zur Rodung. Eukalypten verbleiben 12 bis 15 Jahre, Kiefern 20 bis 25 Jahre auf der Parzelle.

Nach der Ernte transportieren Subunternehmer die Stämme in die Zellstofffabriken. Dort entstehen nach dem chemischen Kochprozess dünne Platten für die spätere Weiterverarbeitung. In den naheliegenden Häfen werden die Frachtschiffe beladen. Ein Zehntel der weltweiten Zellstoffexporte stammt aus Chile. Der Hauptteil geht nach Asien, Deutschland ist mit durchschnittlich 150.000 bis 180.000 Tonnen größter europäischer Endabnehmer.

Der chilenische Forstsektor unterteilt sich in mehrere Sparten, die neben Zellstoffprodukten auch Schnittholz, Holzchips und Möbel herstellen. Hunderte von Firmen, Subunternehmen und Dienstleistern sind in diesem wachsenden Segment tätig. Nach offiziellen Angaben existieren 125.000 direkte und zusätzlich 180.000 indirekte Arbeitsplätze.

Mauricio Leiva ist PR-Manager des Konzerns Arauco. Er sieht in der Forstbranche einen Motor für nachhaltige Entwicklung:

»Wir leben in einer sehr komplexen Zeit. Dies hat mit der Problematik des globalen Klimawandels zu tun. Die Forstplantagen sind eine hervorragende Antwort auf die steigende weltweite Nachfrage nach Holz und Fasern. Zudem senken sie die Belastungen für die verschiedenen tropischen Wälder.«

CMPC gehört zum Konsortium der Familie Matté, Arauco zum Firmengeflecht der Familie Angelini. Die reichen Eigentümer:innen sind in nahezu allen Wirtschaftssektoren aktiv und verfügen über großen politischen Einfluss.

Auch Guillermo Turner Olea von CMPC prognostiziert einen steigenden Bedarf an Zellstoff:

»Was vor uns liegt? Die nächste Herausforderung! Die Naturfasern müssen die Produkte ersetzen, die aus Umweltgründen vermieden werden sollten. Wir müssen einer gigantischen Nachfrage nach Holz begegnen. Wie machen wir das? Mit dem chilenischen Forstmodell, das auf erneuerbare, nachhaltige und vor allem zertifizierte Plantagen setzt. «



Im Inland besitzen beide Konzerne rund 2,5 Millionen Hektar, also drei Viertel der gesamten Plantagenfläche. Aber auch an ausländischen Standorten produzieren sie für den Weltmarkt.

In Chile sind heute drei von vier Bäumen mit dem FSC-Siegel versehen. Das international gültige Zertifizierungssystem wurde 1992 auf dem Umweltgipfel in Rio initiiert. FSC, also Forest Stewardship Council, steht für eine ökologisch nachhaltige, sozial-förderliche und ökonomisch rentable Waldwirtschaft. Um dies zu garantieren, beschloss FSC zehn international verbindliche Prinzipien. Gegenwärtig nehmen über 80 Staaten an dem Zertifizierungssystem teil, das Hauptbüro ist in Bonn.

Der Dachverband der Forstwirtschaft lehnte die Einführung in Chile aus ökonomischen Gründen ab. Dennoch ließen sich kleinere Unternehmen zertifizieren, bevor 2012 CMPC und Arauco den internationalen Anforderungen nachgaben.



Heute ist das FSC-Siegel für den Dachverband der Holzwirtschaft CORMA nicht mehr wegzudenken. Alejandro Casagrande ist Präsident von CORMA:

»70% des chilenischen Forstsektors hat einen internationalen Standard erreicht. Vergleichen wir diesen mit anderen Ländern, dann können wir stolz auf das Erreichte sein.«

Deutschland importiert rund 5 Millionen Tonnen Zellstoff pro Jahr. Bedeutender Abnehmer ist der Hamburger Großhändler Gusco. Das Unternehmen der Schürfeld Gruppe erwirtschaftet einen jährlichen Umsatz von rund 400 Millionen Euro. Zu den wichtigsten Lieferanten zählt CMPC. Die Geschäftsbeziehung entstand während der chilenischen Diktatur und verfestigte sich 2020 zu CMPC Europe.



Die Nachfrage im Absatzgebiet steigt. Allein in Deutschland liegt der individuelle Papierverbrauch bei nahezu 250 kg pro Jahr und ist damit fünf mal höher als der weltweite Durchschnitt.



Die Geschichte der chilenischen Forstwirtschaft und das Dekret 701

Das Zentrum der chilenischen Forstwirtschaft befindet sich im historischen Siedlungsgebiet der Mapuche, Wallmapu genannt. Es erstreckt sich über Teile Chiles und Argentiniens. Westlich der Anden liegen die chilenischen Regionen BíoBío, Araukanien, Los Rios und Los Lagos. In diesen leben knapp zwei Drittel der 1,8 Millionen Mapuche. Drei Jahrhunderte widerstanden die Mapuche der Kolonisierung. Die spanische Krone und der 1810 gegründete chilenische Staat erkannten die Grenzen von Wallmapu vertraglich an.



Dennoch intensivierte Chile Mitte des 19. Jahrhunderts die Okkupation des Wallmapu. Für die Ansiedlung von zumeist deutschen, schweizer und italienischen Migrant*innen beschlagnahmte der Staat einen Großteil der Mapuche-Ländereien. Den anschließenden Krieg bezeichnete der Staat als Befriedung Araukaniens.

In den 1880er Jahren fanden Umsiedlung, Vertreibung und Ermordung der Mapuche ihren Höhepunkt. Mit der Okkupation der vier Regionen, auch «Kleiner Süden» genannt, begann die verheerende Transformation der Region. Agrarunternehmen und Siedler:innen forcierten Brandrodung und Kahlschlag für den boomenden Weizenanbau. Die Zerstörung des Naturwaldes, Auslaugung des Bodens und zahlreiche Landkonflikte waren unmittelbare Folgen. Wenige Jahre später entstanden hier die ersten Forstplantagen. Sebastián Paredes, ein Historiker aus Curanilahue, berichtet über die Geschichte der Forstindustrie in seiner Region:

»Matthias Concinho, der Wegbereiter der Kohleindustrie in Lota, brachte den deutschen Forstingenieur Conrad Peters hierher. Er untersuchte, welche Baumart für den Bau der Bergwerksstollen am geeignetsten wäre.«

Peters fand heraus, dass hier Kiefer und Eukalyptus am besten angepflanzt werden können. So entstanden in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts auf mehreren Grundstücken kleine Monokulturen. Heute weist die Provinz Arauco die meisten Forstplantagen in ganz Lateinamerika auf.

Die unkontrollierte Abholzung für die Exportwirtschaft führte viele Gemeinden in die ökonomische Krise. Mit dem Waldgesetz der 1930er Jahre traten erste Schutzmaßnahmen in Kraft. Die geförderte Wiederaufforstung beschleunigte die Holzverarbeitung in den lokalen Sägewerken. Öffentliche Forstinstitutionen und Firmen wurden gegründet. Mit dem Bau der ersten Zellstofffabrik 1959 entwickelte sich die Branche zu einem lukrativen Wirtschaftszweig. Unter der Regierung Salvador Allende beginnt das Forstprojekt seine Wirkung zu entfalten. Gemäß der sozialistischen Grundidee verfolgt

dieses Wirtschaftsprojekt gemeinsam mit den Gemeinden. Während der Agrarreform werden Flächen an Landlose übertragen. Allerdings beschlagnahmt die Militärdiktatur diese wieder und übergibt sie an private Forstunternehmen.

Nach dem Putsch 1973 zahlten die Unternehmen einen minimalen Preis für enteignete Ländereien, privatisierte Waldgebiete und Staatsbetriebe. Die Neuordnung der Besitzverhältnisse ergänzte die Pinochet-Diktatur mit dem Gesetz 701. Es garantierte den Forstunternehmen hohe staatliche Subventionen.

Damit das System funktioniert, mussten zwei Voraussetzungen erfüllt sein, erklärt uns der Wirtschaftswissenschaftler Jorge Olea.

»Zum einen musste man Land besitzen, um eine Kieferplantage anzulegen. Zum anderen musste genügend Kapital für Setzlinge vorhanden sein, damit das Land bepflanzt werden konnte. Eins ist sicher: Ohne 701 gäbe es diese Forstunternehmen in Chile nicht. «

40 Jahre lang verteilten Militärregime und spätere Regierungen fast 800 Millionen Euro an die Forstbranche – zwei Drittel davon gingen an die Konsortien Matte und Angelini.

Bis zum Ende der Diktatur 1990 verfünffachte sich die Forstfläche auf 1.4 Millionen Hektar. Dafür vernichtete die Holzbranche tausende Hektar einheimischen Waldes und verbrannte die Häuser und Pflanzungen der Menschen. Sebastián Paredes beschreibt diese folgendermaßen:

»Es war nicht nur eine Politik der Produktion, sondern auch eine Politik der Enteignung. Sie zerstörte die bestehende Lebensweise der Mapuche sowie der Kleinbäuerinnen und -bauern.«

Im letzten halben Jahrhundert ging knapp ein Drittel des gemäßigten Regenwaldes verloren. Der WWF beziffert den Kahlschlag auf 300 Hektar pro Tag. Heute gehört Chile zu den Gebieten Lateinamerikas mit der stärksten Abholzung.



Nicht jeder Wald ist Wald: die Auswirkungen der Monokulturplantagen

Im Umland der Küstenstadt Valdivia gab es früher – wie im gesamten Wallmapu – nährstoffreiche Böden aus vulkanischer Asche. Ein Blick über die kahl geschlagenen Flächen zeigt die Erntemethode der Forstunternehmen und damit die extreme Veränderung der Landschaft. Der Forstwissenschaftler Claudio Donoso untersucht die ökologischen Veränderungen in der Region:

»Nach der Ernte pflanzen die Forstunternehmen wieder kleine Bäume. Es dauert aber drei bis vier Jahre, bis sie ausreichend gewachsen sind, um den Boden zu bedecken. So sind in den regenreichen Wintermonaten hohe Bodenverluste zu erkennen.

Das ist eine Umweltkatastrophe! Mit diesem Boden kann nichts mehr gemacht werden. Nach sechs, sieben oder acht Abfolgen von Monokultur und Kahlschlag wächst nichts mehr.«

Jeder Anbauzyklus verringert die Bodenfruchtbarkeit. Der Bericht »Zustand der Umwelt in Chile«, herausgegeben von der Wirtschaftskommission für Lateinamerika, verdeutlicht dies.

Nur ein Zehntel der Böden Chiles hat eine gute Qualität, ein Viertel weist schwere und sehr schwere Erosion auf. Die Forstwirtschaft hat erheblich dazu beigetragen. Auch, weil sie große Mengen Pestizide einsetzt.

In der Nähe von Concepción, der wichtigsten Handelsmetropole der VIII. Region im Süden Chiles besitzt das Forstunternehmen Arauco zahlreiche Plantagen. Bewohner:innen der Gemeinde Hualqui reichten Beschwerde beim Umweltsiegel FSC-Chile ein. Sie klagten über Gesundheitsbeschwerden wegen des Glyphosateinsatzes. Während FSC-Deutschland den Einsatz von Pestiziden generell verbietet, erlaubt FSC-Chile diesen.

Die Beschwerde leitete FSC Chile – ohne Prüfung des Sachverhalts – an die Firma Arauco weiter. Der Umweltbeauftragte des Konzerns antwortete den Betroffenen:

»Nach FSC-Standards werden nur Pestizide verwendet, die umweltfreundlich und gering toxisch sind.«

Die internationale Agentur für Krebsforschung kategorisiert das Bayer-Herbizid dagegen als krebserregend.



Monokulturen sind kein geeigneter Lebensraum – auch nicht für Tiere und Pflanzen. Sie belasten die regionalen Ökosysteme und tragen zum Verlust der Biodiversität bei. Die Schriftstellerin Rayen Kveyh sagt, es existiere ein Kampf um die letzten Ländereien, die nicht von Kiefern- und Eukalyptuswäldern eingenommen sind:

»Es ist ein Überlebenskampf. Denn heute gibt es kein Wasser in den Gemeinden. Der Mangel erschöpft auch die Quellen des Lebens, die wir traditionell und historisch seit Jahrtausenden besitzen.«

Ein junger Kiefer- und Eucalyptus-Baum verbraucht durchschnittlich 20 bis 40 Liter am Tag. Ist dieser ausgewachsen, entzieht er dem Boden die zehnfache Menge.

In den letzten Jahrzehnten dehnte sich die Trockenheit im südlich des Bío-Bío-Flusses weiter aus.

Immer mehr Gemeinden sind auf eine externe Wasserversorgung angewiesen. Mit gravierenden Folgen. Denn in der Diktatur wurde das Wasser per Gesetz privatisiert.

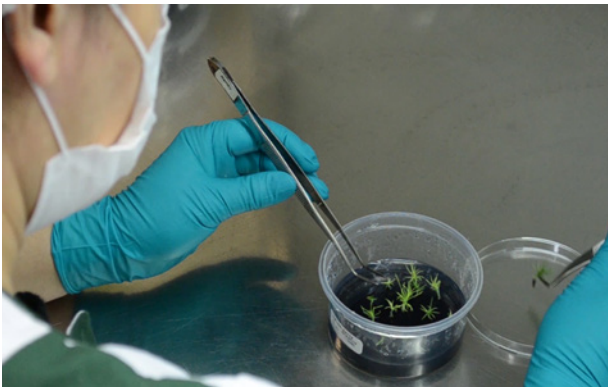
In der Gemeinde Ercilla erzählt uns der Bürgermeister José Vilugrón Martínez, dass bereits seit etwa 10 Jahren Trinkwasser über Tankwagen ausgegeben werden. Die Gemeinde bezahlt dies und hat hohe Kosten. Jede Familie erhält 500 Liter Wasser, das fünf Tage reichen muss.



Wirtschaftsfaktor Holzproduktion

Thomas Menzel von der chilenische Forstbehörde Conaf erzählt, dass heute alles auf die beiden Arten Kiefer und Eukalyptus ausgerichtet ist:

Dies hat den gesamten produktiven Prozess atomisiert. Bevor diese Spezies hier ankamen oder eindringen, gab es eine Vielzahl an kleinen Betrieben, Sägewerken und Gewerbetreibenden. Diese sind nach und nach verschwunden, weil es nicht mehr viel einheimisches Holz zu verarbeiten gibt.



Die chilenischen Konzerne betreiben eigene Forschungsabteilungen zur Verbesserung der Arten. Die Veredelung der Samen soll die Ernteerträge erhöhen und gleichzeitig die Anfälligkeit für Krankheiten und Dürren reduzieren. Die Forschung zielt ebenso auf eine effizientere Flächennutzung ab, denn Land ist knapp.

Mittlerweile befinden sich knapp drei Viertel der chilenischen Plantagenflächen in den Händen der beiden größten Forstunternehmen. Eine weitere Ausdehnung in unberührte Wälder oder Siedlungsgebiete ist nahezu unmöglich. Auch deshalb forcieren die Konzerne Arauco und CMPC die ökonomische Kooperation mit angrenzenden Gemeinden. Guillermo Turner Olea von CMPC vertritt hierzu folgende Position:

»Wichtig ist, dass die Gemeinden die Möglichkeit erhalten, die Forstindustrie in eine Einkommensquelle zu verwandeln. Für sie ist unbedeutend, wenn sie sagen, wo Kiefer war, kann ich jetzt nur noch Kiefer haben. Ich sage den Gemeinden: Nehmt Kiefer, nehmt Eukalyptus. Ihr müsst nichts anderes haben! Pflanz das und wir teilen eine Aktivität, die wettbewerbsfähig, effizient und nachhaltig ist. Eine enorme Menge wird benötigt, um die weltweite Nachfrage zu befriedigen.«

Die Strategie von CMPC entspricht dem »nationalen Aktionsplan« für die Forstpolitik. Zwischen 2015 und 2035 soll eine halbe Millionen Hektar in Plantagen umgewandelt werden. Leonardo Curinao Huañaco studiert soziale Arbeit und lebt in Araukanien. Seine Familie ist seit langem für die Forstwirtschaft beschäftigt.



»Hier in Chile generiert Holz als zweitwichtigster Rohstoff viele Exportdevisen. Es ist nicht plausibel, dass in der Region Araukanien viele Mapuche in Armut leben. Die erwirtschafteten Devisen spiegeln sich hier nicht wider, so gibt es keine Investitionen in den Bildungs- und Gesundheitssektor. Studien belegen, dass Mapuche auf dem Land und in den Gemeinden früher sterben. Dies ist auch auf die unzureichende Ernährung zurück zu führen.«

Das internationale Institut für Waldforschung CIFOR untersuchte 180 chilenische Gemeinden. Nirgendwo ist der Kontrast von Armut und Reichtum extremer als im Süden Chiles. Mit den Holztransportern würden auch die Millionengewinne die Region verlassen, kritisiert die Mapuche-Kreisrätin Emilia Coñumil aus Ercilla:

»Grundlegende Dinge wie Straßen, Elektrizität und Wasser sind hier in der Gemeinde in einem schrecklichen Zustand. Aber jedes mal wenn wir bei der Regierung anklopfen, heißt es, es gebe keine finanziellen Mittel mehr. Allerdings gibt es Ressourcen für die Militarisierung der Region. Chile hat Geld, aber es investiert falsch.«

Die Forstbranche übt in ländlichen Gegenden eine große territoriale Macht aus. Diese umfasst die natürlichen Ressourcen und den Arbeitsmarkt. Im Gegensatz zu Regierung und Konzernen sehen die Betroffenen aber keine Lebensverbesserung.



Hernán Cona, Gemeindeoberhaupt, aus Juan Cona berichtet von seiner Enttäuschung über die Forstunternehmen, da lokal keine Arbeitsplätze entstehen:

»Die Leute kommen von außerhalb. Es braucht nur fünf Angestellte, um die professionellen Erntemaschinen der Forstunternehmen zu bedienen. Mehr sind es nicht, aber sie erfüllen die Arbeit von 200 bis 300 Personen. In keiner Weise unterstützt das Unternehmen die Gemeinde bei der Schaffung von Arbeitsplätzen.«

Die Konzerne lagern temporäre und saisonale Tätigkeiten an Subunternehmen aus. So findet die ansässige Bevölkerung vorwiegend in der Pflanz- und Rodungsphase einen Job. Aufgrund fehlender Einkommensalternativen arbeitete José Curinao bereits in der Diktatur für CMPC:

»Es geht nur ums Überleben. Im Jahr 1980 zahlten sie sehr wenig. Ich erhielt den Mindestlohn in Höhe von 45 Euro. Heutzutage liegt das Minimum bei knapp 500 Euro. Das Geld schafft keinen Luxus, es reicht nur für das Überleben der Familie.«

Die Ausweitung der Plantagenwirtschaft hat die kleinbäuerliche Landwirtschaft in eine existenzielle Krise geführt. Mit den Ernteerträgen sinken auch die notwendigen Einnahmen. Immer mehr kleine Landbesitzende geraten in die Verschuldung.

Marco Barra ist Präsident des Nachbarschaftsrats in Nacimiento:

»Die Menschen sind gezwungen, ihr Land zu verkaufen. An wen verkaufen sie es? Dieses Land erzeugt kein Leben mehr. Als einzige Nutzung bleibt die Anpflanzung von Kiefer und Eukalyptus. «

Die Perspektivlosigkeit in den Gemeinden verändert die Bevölkerungsstruktur. Während ältere Menschen auf dem Land bleiben, verlassen viele der Jüngeren ihre Gemeinden. Viviana Catrielo von der Bäuer:innen und Indigenenorganisation ANAMURI zeichnet den Weg der Landbevölkerung nach:

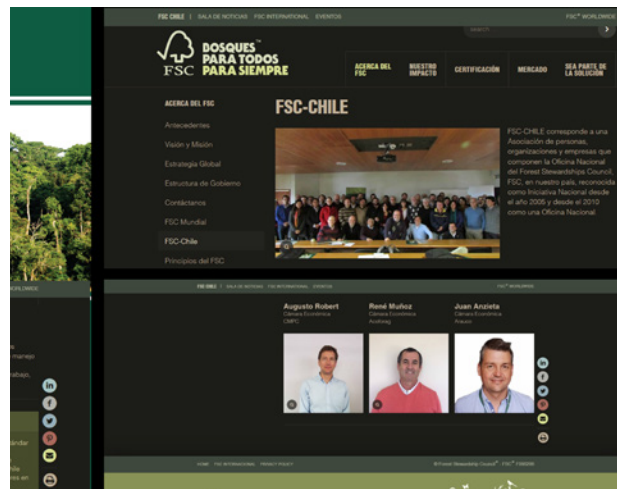
»Viele Menschen migrieren in die Hauptstadt oder in den Norden. Dort arbeiten sie im Bergbau oder temporär in der Landwirtschaft von Zentralchile. Sie werden dort enorm ausgebeutet. So verlieren sie die Verbindung zur Familie, zur Natur und nach und nach ihre eigene Identität. Wir nennen das eine vollständige Entwurzelung, die auf der Schaffung von Monokulturen durch die Forstunternehmen basiert.«

In der Großstadtregion von Santiago lebt heute über ein Drittel der Mapuche. Die Meisten verdienen ihren Lebensunterhalt im Niedriglohnsektor. Einige erfahren als Straßenverkäufer:innen finanzielle Not, andere geraten in Obdachlosigkeit.



Aufgrund der wachsenden sozialen Ungleichheit steht auch FSC Chile in der Kritik.

Wie in jedem FSC-Mitgliedsstaat existiert auch in Chile ein Verwaltungssystem mit drei Kammern. Zu den Aufgaben der Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftskammern gehören die Erarbeitung der nationalen FSC-Standards. Jede Kammer entsendet drei Mitglieder in das stimmberechtigte Direktorium. Aus dem Bereich Wirtschaft sind dies zwei Vertreter von CMPC und Arauco.



Externe Prüfer:innen kontrollieren, ob die Forstbetriebe die FSC-Regeln einhalten. Hierfür verwenden sie auch Dokumente und Kartenmaterial von Forstunternehmen.

2016 finanzierte FSC International eine Studie über Forstwirtschaft und Mapuche-Gemeinden in Südchile. In dieser prüften Rosamel Millaman von der Katholischen Universität Temuco und andere Wissenschaftler:innen mehrere Zertifizierungsberichte. Im Fokus stand die Einhaltung der FSC-Regeln wie der Umweltschutz und das Wohlergehen der lokalen Bevölkerung. Die Autor:innen der Studie können dies in der Realität nicht erkennen. Sie monieren aber auch die Ausbildungsdefizite der Prüfenden. So seien Kenntnisse von regionalen Landkonflikten und Kosmvision der Mapuche grundlegend für eine professionelle Bewertung.

Rosamel Millaman kritisiert das sehr große Ungleichgewicht. Der FSC verbände sich auf nationaler Ebene hauptsächlich mit der Wirtschaftskammer und den Unternehmen. Die Realität der Menschen in den Gemeinden ist von geringerer Bedeutung.

FSC-Chile hingegen sieht die Entwicklung der Branche positiv, wollte sich zu Konfliktfällen aber nur schriftlich äußern. Regina Massai, Geschäftsführerin FSC-Chile, schrieb:

»Im Allgemeinen konnten durch die Zunahme der FSC-Zertifikatsinhaber in der Region positive Veränderungen auf der Ebene (...) der lokalen Entwicklung und des Managements von Streitigkeiten in den Beziehungen zwischen dem Unternehmen und den indigenen Gemeinschaften festgestellt werden.«

Organisationen wie Greenpeace und Robin Wood kritisieren die enge Bindung zwischen Prüfenden und Geprüften. Eine unabhängige Zertifizierung sei nicht gegeben, solange diese ausschließlich von dem Forstunternehmen bezahlt wird.



Schlupflöcher im Prüfungsverfahren bietet die chilenische Gesetzgebung. Für eine Plantage über 500 Hektar muss eine Umweltverträglichkeitsstudie durchgeführt werden. Durch die Aufteilung in kleine Einzelgrundstücke entziehen sich die Konzerne dieser Verpflichtung.



So ist eine Bewertung der negativen Auswirkungen in diesem Areal nicht möglich – auch nicht für die Zertifizierer:innen von FSC.

Rosamel Millaman fasst abschließend zusammen:

»Wir haben keinen Bericht gesehen, in dem Prüfer:innen sagten: »Nein, diese Art von Aktivität, die Forestal Arauco betreibt, sollte in dieser Gemeinde nicht genehmigt werden.« Dies steht nicht in den Berichten. Es werden lediglich moderate Änderungen vorgeschlagen.«

Mit der Vergabe des Logos erklärt FSC-Chile offiziell, dass die Rechte der indigenen Gemeinden respektiert wurden – obwohl die Konfliktfälle häufig weiter ungelöst bleiben.



Wiederanpflanzung und Ernährungssouveränität



Hector Queupumil vom Verein »Folil Newen« [Starke Wurzel] treffen wir in der Ortschaft Padre Las Casas in Araukanien. Er beschreibt das Verhältnis der Mapuche zur Erde als beidseitigen Austausch.

»Die Mapuche haben immer versucht, die Mutter Erde – Ñuke Mapu genannt – zu respektieren. Unser Lebensprinzip besagt: Jedes Mal, wenn wir etwas von dem Land erhalten, müssen wir etwas zurückgeben.«

Der einheimische Wald besitzt für die Mapuche vielfältige Funktionen. Er ist ein spiritueller Ort, aber auch Nahrungsquelle. Die meisten der alten Waldbestände liefern Nutzholz, Pilze, essbare Pflanzen und beheimaten eine vielfältige Fauna. In den Höhenlagen wachsen die immergrünen Araukarien, die früher im Süden weit verbreitet waren.

Juan Pascual Pichún, Lonko [Oberhaupt] vom Lof Temulemu, zeigt uns das Gemeindeland:

»Die Bäume, die hier zu sehen sind, besitzen verschiedene Eigenschaften. Sie haben eine medizinische Funktion und heilende Wirkung für unser Leben.«

Die Abnahme der ursprünglichen Waldbestände bedrohen Weltanschauung und Lebensgrundlage der Mapuche. Im Gebiet der Mapuche, dem Wallmapu, sind mehrere Gruppen aktiv, um Flächen aufzuforsten und Ernährungssouveränität zu garantieren. Die Sozialarbeiterin Susana Huenuel vom Frauenbüro aus Tirúa berichtet über ihre Arbeit in den Gemeinden:

»Wir haben im März dieses Jahres zwei Frauentreffen abgehalten. Das erste behandelte die Auswirkungen der Forstwirtschaft und die Verfügbarkeit von Wasser. Das zweite befasste sich mit dem Thema Saatgut und Ernährung. Aus diesen Diskussionen entstand die Idee einer Baumpflanzaktion unter dem Motto: »Pflanzen wir einheimische Bäume, pflanzen wir Leben!« Also lieferten wir an jede Interessierte acht bis zehn Setzlinge.«

In vielen Regionen sind die positiven Effekte der natürlich gewachsenen Wälder zu erkennen, wie der Forstwissenschaftler Claudio Donoso jr. erläutert:

»Einheimische Wälder senken die Temperatur und funktionieren wie Kühlschränke. Das ist deutlich zu spüren. Wenn ich an einem heißen Tag außerhalb dieses Waldes bin, können es 30° Celsius sein. Gehe ich in den Naturwald, sind es drei, vier oder fünf Grad weniger. Wenn wir Klimawandel und globale Erwärmung umkehren wollen, sollten wir diese Wälder wiederherstellen. Sie kühlen den Planeten auf natürliche Weise. Wenn sich der Wald regeneriert, dann erholen sich auch der Boden und die Gewässer. Ich werde das ganze Jahr qualitativ hochwertiges Wasser zur Verfügung haben, wenn es einen gesunden einheimischen Wald gibt.«

In Chile sind knapp zwei Drittel der Arten gefährdet oder vom Aussterben bedroht. Der Verlust ist auch bei Nutzpflanzen und Saatgut zu erkennen. Die Frauenorganisation Paimuri organisiert jedes Jahr einen regionalen Austauschmarkt, genannt Trafkintu, auf dem wir Alejandra Solís treffen:

»Die Aktivität, die wir heute organisieren, ist eine Saatgutbörse. Dieses Trafkintu ist ein Brauch unserer Vorfahren. Wir tauschen Saatgut und Erzeugnisse aus verschiedenen Regionen, um die Samen und Pflanzen zu diversifizieren.«



Die Teilnehmenden verbreiten aber auch Kenntnisse über die Auswahl und Verwendung von traditionellem Saatgut. Denn die genetischen Ressourcen sind an die regionalen ökologischen Bedingungen angepasst. So liefert die Sortenvielfalt auch bei Wetterextremen und Trockenheit ausreichende Ernten. María Luisa Pichiconá, Mitbegründerin der NGO Paimuri berichtet:

»Ein Samen aus biologischem Anbau besitzt eine schönere Farbe und eine bessere Textur als konventionelle Samen. Zudem ist der natürliche Geschmack vorzüglich. Es gibt mehrere Gründe, warum wir diesen Austausch fortsetzen sollten. Ziel ist die eigene Reproduktion der Samen für den Anbau. Diese Samen garantieren Ernährungssouveränität, welche die Grundlage unserer Versorgung ist.«



Mapuche-Territorium, Landkonflikte und Landumverteilung

Für Via Campesina ist Ernährungssouveränität mehr als das Recht auf eigenes Saatgut. Das internationale kleinbäuerliche Bündnis sieht darin ebenso das Recht auf traditionelle Anbaumethoden und Landeigentum. Via Campesina verurteilt die illegale Aneignung von Gemeindegrund und dessen Kapitalisierung. Innerhalb eines Jahrhunderts schrumpfte Wallmapu von 10 Millionen auf 300.000 Hektar.

Nach Ende der Militärdiktatur verabschiedete der Kongress das Ley Indígena. Das Gesetz von 1993 verbietet den Verkauf indigener Ländereien an nichtindigene Personen. Im selben Jahr wurde die indigene Entwicklungsbehörde Conadi geschaffen. Ihre Hauptaufgabe besteht in der Rückübertragung von Ländereien.



Vor allem Arauco und CMPC profitierten von den Landübertragungen in der Diktatur und besitzen im südlichen Chile knapp zwei Millionen Hektar. Mauricio Leiva, PR-Sprecher von Arauco, erklärt dazu:

»Wir haben wegen der Landansprüche mehr als 4.500 Hektar über die CONADI an die Mapuche-Gemeinden übertragen.

Darüber hinaus verhandeln wir über weitere 8.000 Hektar. Diese werden einvernehmlich übertragen, wenn der Staat die Mittel hierfür bewilligt. Der entsprechende Fond ist per Gesetz geregelt.«

Auch CMPC hat nach eigener Aussage 5000 Hektar an CONADI verkauft. Allerdings bewirtschaften die Forstunternehmen heute - laut Daten der Universität von Concepción - über 100.000 Hektar, für die der Staat indigene Landtitel ausgestellt hat. Zuständig für diese Konflikte ist CONADI. Osvaldo Antilef Fucha, ehemaliger Direktor der Behörde, kritisiert im Interview die staatlichen Rahmenbedingungen:

»Angebot und Nachfrage regeln den Marktpreis, er ist nicht festgelegt. Insbesondere in Araukanien hat es Preisspekulationen gegeben. Daher kauft CONADI die Flächen zu extrem hohen Preisen. Diese Ländereien von privaten Unternehmen werden dann an die Gemeinden der Mapuche übertragen. «



Bis 2020 kaufte Conadi über 250.000 Hektar zurück. Die Kosten von rund 700 Millionen Euro übertreffen den ursprünglichen Kaufpreis um ein Vielfaches. Letztlich gelangte nur ein Bruchteil des ehemaligen Territoriums wieder in Besitz der Mapuche.

Der Unternehmensverband Multigremial positioniert sich gegen die historischen Landansprüche der Mapuche. Als Dachverband von 200.000 Unternehmen stimmt sie ihre Wirtschaftsförderung mit der Politik ab. Mirtha Casas, Sprecherin von Multigremial Araukanien, fordert diesbezüglich:

»Wir müssen die Landrückgabe eingrenzen und die Übertragung von Land stoppen. Wir können nicht weiterhin eine enorme Zahl von Gemeindeanträgen annehmen, wenn kein Land mehr zur Verfügung steht. Das Schlimmste ist, dass an Gemeinden übertragenes Land den produktiven Kreislauf verlässt und verarmt.«

Wissenschaftliche Untersuchungen widerlegen dies:

Nach mehreren Forstzyklen ist der Boden ausgelaugt. Oft verkaufen die Unternehmen unprofitable Flächen an CONADI.

Auch im Kreis Tirua wurden einige Flächen zurück gegeben. Doch dies hat nichts an der wirtschaftlichen Dominanz der Branche geändert. Ende 2019 wurde eine Volksbefragung durchgeführt. 10.000 Einwohner:innen waren aufgerufen, ihre Position zur Forstwirtschaft auszudrücken. Der Bürgermeister von Tirúa Adolfo Millabur:

»Der Reichtum, den Tirúa besitzt, wird ausschließlich exportiert. Die Forstunternehmen verhalten sich nicht rücksichtsvoll gegenüber der Umwelt und ihnen fehlt das Verständnis für die lokalen Gemeinden. Kaum etwas bleibt in Tirúa!«

Die Bevölkerung hat sich hierzu klar positioniert. 77% der Bevölkerung befürworten in der Volksbefragung den vollständigen Rückzug der Forstunternehmen aus Tirúa.



Landaneignung, Anti-Terrorgesetz und Aufstandsbekämpfung

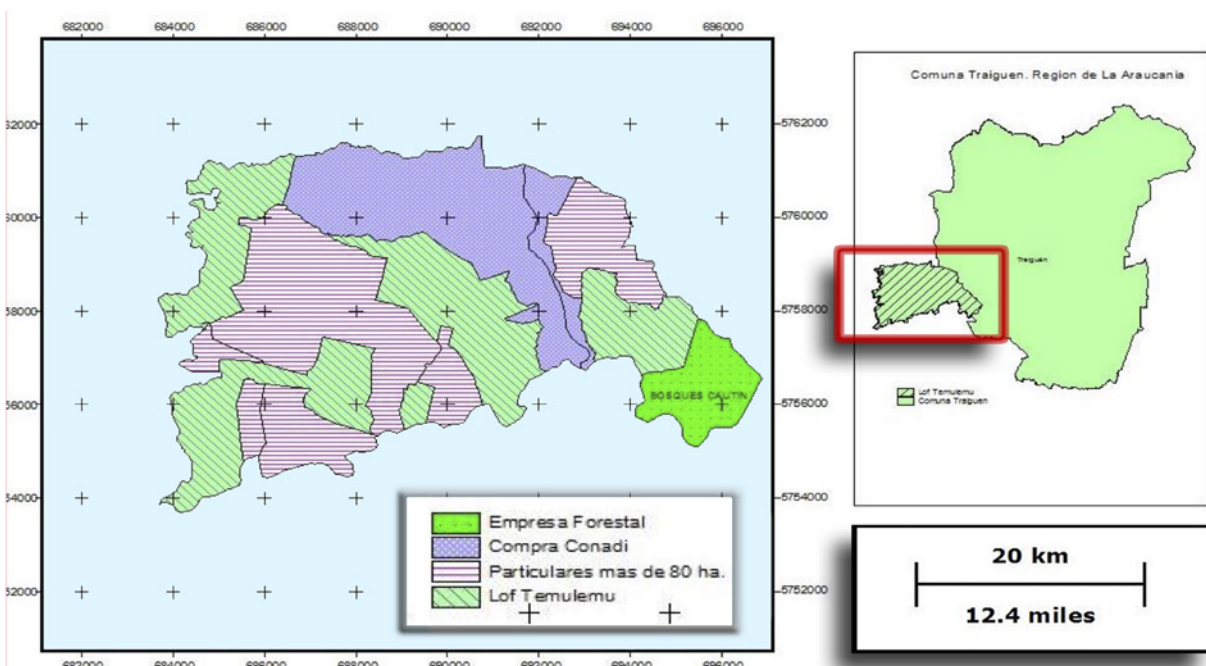
Wir fahren in das Lof Temulemu in Araukanien. Der chilenische Staat enteignete 1883 den Großteil des Landkreises und verkaufte einzelne Grundstücke. Die Mapuchefamilien wurden in Reservate umgesiedelt und erhielten partiell Landtitel – hier hellgrün markiert. Als Privatpersonen einen Teil des Reservats illegal in Besitz nahmen, zogen drei Gemeinden 1930 vor den indigenen Gerichtshof. Obwohl das Urteil zugunsten der Mapuche ausfiel, blieb die Fläche über 100 Jahre in fremden Händen. In der Diktatur kaufte die CMPC-Tochter Mininco 1700 Hektar des Lofs. Der Lonko von Temulemu Juan Pascual Pichun beschreibt die Situation in den 1990er Jahren:

»Wir gingen mit diesem Dokument zum Forstunternehmen: »Schauen Sie, diese 58 Hektar sind Eigentum der Gemeinde.« Die Firma verweigerte kategorisch die Rückgabe. Dann schlossen sich die beiden benachbarten Gemeinschaften an und wir erklärten: »Wenn wir diese 58 Hektar einfordern, dann können wir auch für die 2.400 Hektar kämpfen, die das Unternehmen in Besitz genommen hat.«

1998 begann die Wiederaneignung des angestammten Gebiets. Forestal Mininco verurteilte das Vorgehen der Gemeinden als illegalen Akt. Unter Polizeischutz erntete Mininco die Plantage und transportierte das Holz ab. Die vorübergehende Räumung des Grundstücks verschärfte die politische Situation im Landkreis.

Die Forstunternehmen sehen die Ursachen der Landkonflikte nicht im eigenen Verantwortungsbereich. Sie verweisen auf ihre Kaufverträge mit dem Staat. Der Sprecher von CMPC in Aurakanien Guillermo Turner Olea sieht das so:

»Es wurden Reservate in einer Gesamtgröße von ungefähr 500.000 Hektar geschaffen, dies entspricht 6% ihres ehemaligen Territoriums. Das führte zu einer Reihe von Forderungen. Das Problem liegt nicht bei den Forst- oder Agrarunternehmen, das Problem liegt beim chilenischen Staat.«



In der Diktatur bestand eine enge Kooperation zwischen CMPC und dem Regime. Hohe Funktionäre des Unternehmens wirkten an der Ausarbeitung des Gesetzes 701 mit, von dem der Konzern später profitieren sollte. Ebenso war der CMPC-Direktor und ehemalige Staatspräsident Alessandri federführend an der Ausarbeitung der Verfassung beteiligt.

Die Kontinuität des neoliberalen Modells zeigt sich aber auch in der Strafverfolgung. Die Familie von Juan Pascual Pichun hat das selbst erfahren:

»Sie wendeten das Anti-Terror-Gesetz gegen meinen Vater an. 2001 war er einer der ersten, den die Regierung Lagos nach diesem Paragraphen inhaftiert und angeklagt hat. Das Anti-Terror-Gesetz wurde während der Pinochet-Diktatur geschaffen, um die staatsfeindlichen Gruppen zu bekämpfen.«



Nach der Diktatur wurde das Gesetz ausschließlich gegen Mapuche eingesetzt. In diesem Fall sprach das Gericht die drei Angeklagten schuldig und inhaftierte sie für fünf Jahre. Nach ihrer Freilassung wurde der Sachverhalt international verhandelt. Die Rechtsanwältin Karina Riquelme Viveros vom Zentrum für Recherche und Strafverteidigung CIDSUR hat schon einige Mapuche in Anti-Terrorverfahren verteidigt. Sie resümiert:

»Es gibt keine rechtsgültige Verurteilung nach dem Anti-Terrorgesetz. Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte hob den Schuldspruch im Fall von Aniceto Norín und Pascual Pichún auf.«

Zudem verurteilte der Gerichtshof die diskriminierende Gesetzesanwendung gegen die Mapuche. Staatsanwaltschaft und Regierung konnten nicht nachweisen, dass es in den südlichen Regionen tatsächlich Terrorismus gibt.



Der Sondergesandte Rudolfo Stavenhagen der Vereinten Nationen erläuterte das Menschenrechtsurteil 2011 folgendermaßen:

»Das Vorgehen der Forstwirtschaft und des Staates stellt eine klare Verletzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Mapuche dar.«

Pascual Pichún Collonao ist Werkén [Gemeindesprecher] von Temulemu und war selbst von Repression betroffen:

»Offensichtlich ist unser Kampf gereift und wird mit mehr Repression und Gewalt begegnet als es die normale Strafverfolgung vorsieht. Aus diesem Grund saßen wir im Gefängnis. Ich wurde dreieinhalb Jahre verfolgt und fünf Jahre inhaftiert. Wir kennen die Konsequenzen, aber für all dies hier geben wir unser Leben. Wälder und Hügelland, alles erwacht heute von Neuem; auch dank unseres Bemühens.«

Ende 2011 kaufte Conadi schließlich die Forstfläche von Mininco und übertrug sie offiziell an die drei ansässigen Gemeinden. Der Lonko Juan Pascual Pichun bleibt skeptisch und betont:

»Es gibt kein Regierungsprojekt, das diese Gemeinschaft unterstützt. Aus eigener Kraft bauen die Mapuche-Familien und Gemeinden unsere Ökonomie wieder auf.«



Die Mapuche im Lof Temulemu fordern eine weitere Forstfläche zurück. Doch Chile lehnt Landansprüche wie diesen gegen Bosque Cautin ab, da die Gemeinden keinen staatlichen Landtitel vorweisen können. Dabei hat der Kongress im Jahr 2008 die Konvention 169 ratifiziert. Das Abkommen der Internationalen Arbeitsorganisation erkennt die Rechte der indigenen Bevölkerung und dessen historisches Landeigentum an.

Der Wissenschaftler Rosamel Millaman hat die Umsetzung der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation untersucht.

Hinsichtlich der Vergabe des FSC-Siegels urteilt er:

»FSC kann heute nicht funktionieren, wenn es nicht das internationale indigene Recht berücksichtigt. In diesem Fall die ILO-Konvention 169.«

FSC befürwortet die ILO-Rechte und verlangt die Zustimmung der Gemeinden zu forstwirtschaftlichen Aktivitäten. Im Falle von Bosque Cautin besteht dieses Einverständnis nicht. Dennoch kann das Unternehmen heute mit dem FSC-Logo werben.

Lucio Cuenca von der lateinamerikanischen Beobachtungsstelle für Umweltkonflikte OLCA verfolgt die Landproblematik im Süden schon lange:

»Vergleichen wir die Versprechen, mit denen FSC angetreten ist, mit der chilenischen Realität, dann ist das Ergebnis absolut negativ. Das Zertifizierungssystem vertuscht den offenen Konflikt um das widerrechtlich angeeignete Land der Indigenen!«

In mehreren Gebieten der Regionen Los Rios, Los Lagos, Bíoio und Araukanien sind Wiederaneignungen von Land zu erkennen. Die Mapuche errichten Gebäude, legen Gärten an, führen Zeremonien durch und organisieren ihren Widerstand.



Pascual Pichún Collonao verdeutlicht die gegensätzliche Einstellung von Forstunternehmen und Mapuche-Gemeinden:

»Im Prozess der Landbesetzung wird der Ort zum Leben erweckt und geschützt. Wir handeln nicht wie die Forstunternehmen, die Wälder ausbeuten. Nein, wir schützen das alles durch unsere Kontrolle über das Land. «

Hortensia Curín Aniguir aus Tirúa hat auch Land besetzt. Sie sagt:

»Wir handeln aus der Notwendigkeit heraus. Einige Leute behaupten, wir wollten immer mehr Land. Das ist falsch! Wir befinden uns in Not, weil wir auf einem kleinen Stückchen Land leben oder sogar landlos sind.«

Die Fronten zwischen Mapuche und Großgrundbesitzenden sind verhärtet. Der Unternehmensverband Multigremial verweist auf gewalttätige Aktionen wie Sachbeschädigungen, die der regionalen Wirtschaft schaden sollen. Die Sprecherin des Unternehmerverbandes Mirtha Casas erklärt im Interview:

»Diese Region leidet nicht unter grenzenloser Armut. Das Gebiet könnte so viel mehr sein, würde es nicht eine ideologisierte Gruppe von Terrorist:innen geben. Diese schikaniert diejenigen, die Arbeitsplätze schaffen, sogar wenn sie aus ihrer eigenen Gemeinde stammen.«

Der Unternehmerverband fordert ein kompromissloses Vorgehen der staatlichen Institutionen. Hierfür erstellt die rechtskonservative Institution ein sogenanntes Barometer. Es soll Aufschluss über Gewalt und Straftaten in Araukanien liefern. Mehrere Organisationen kritisieren die Statistiken. Obwohl häufig Beweise fehlen, würden Indigene unter Generalverdacht gestellt. Der Historiker Fernando Pairican, der sich mit der aktuellen Geschichte der Mapuche auseinandersetzt, kommt zu dem Schluss:

»Die Verbindung zwischen Justiz, Polizei und Politik beinhaltet eine koloniale Haltung und eine rassistische Einstellung. In den Mapuche-Gebieten nutzen sie alle Mechanismen des Staates, um Anführer:innen der Mapuche-Bewegung zu inhaftieren. Wir sind mit dieser

Politik der Aufstandsbekämpfung, wie sie in Lateinamerika genannt wird, konfrontiert. Sie basiert gleichzeitig auf Repression und Sozialisierung, um den wirtschaftlichen Extraktivismus eines verarmten Landes aufrecht zu erhalten. Die ökonomische Entwicklung des Staates hängt von Ausbeutung und Export der Naturressourcen ab.«



Drei Viertel der Gewinne erzielt die Holzbranche in den Regionen südlich des Bío-Bío-Flusses. Wegen der langen Erntezyklen fordert sie vom Staat Investitionssicherheit und stabile Verhältnisse. Die Gemeinden fürchten deshalb eine Verschärfung der Landkonflikte. Anibal Pincheiro, juristischer Berater der Gemeinde Tirúa, befürchtet in der Zukunft eine Verschärfung des Konflikts:

»Der Plan »Impulso Araucania« sieht enorme polizeiliche Investitionen für diese Region vor. Hierzu zählt die Anschaffung der neuesten gepanzerten Polizeifahrzeuge. Diese finanziellen Maßnahmen dienen offiziell der Friedenssicherung.



Allerdings fungieren sie auch, das habe ich selber gesehen, als privater Wachdienst für die Forstunternehmen.«

Schon heute ist eine starke Polizeipräsenz und fortschreitende Militarisierung erkennbar. Dies schließt Sondereinheiten mit spezifischen Befugnissen ein. Die Mapuche-Gemeinderätin Emilia Coñumil, deren Gemeinde als widerständig gilt und darum einen Stützpunkt der Polizei aufweist, sagt uns:

»Mit einer Waffe auf dem Tisch können wir nicht über Frieden sprechen. Wo wir Polizeifahrzeuge sehen, gibt es keinen Frieden. Die Spezialeinheit »Dschungel« wurde hier eingesetzt und hat schrecklicher Weise zum Tod von Camilo Catrillanca geführt. Dies teilt das Leben der Gemeinde in ein »zuvor« und ein »danach.«

Der 24-jährige Camilo Catrillanca kehrte von der Feldarbeit zurück, als er durch einen Scharfschützen getötet wurde. Die Täter gehörten zur militärischen Sondereinheit »Dschungel«. In Folge des Skandals um die juristische Aufarbeitung und Vertuschung des Mordes mussten der Innenminister und ranghohe Polizisten zurücktreten. Seit vielen Jahren engagierten sich Camilo Catrillanca und die Gemeinde Temucuicui für die Rückgabe enteigneter Ländereien und gegen

militärische Kontrollmaßnahmen. Nach der Ermordung kam es zu landesweiten Demonstrationen und Protestaktionen. In der Vergangenheit wurden mehrere Mapuche von Staat, Forstunternehmen oder rechten Gruppierungen gezielt getötet.



Millaray Painemal erzählt, dass die Wut sich weiter vergrößert. Sie entlädt sich auf einer Demonstration in Temuco, wo sie den Polizist:innen entgegen ruft:

»Entwickelt ein Gewissen! Man lehrt den Polizisten nichts! Hier verhaltet ihr euch wie Hunde und in der Militärdiktatur waren eure Hände Blut verschmiert. Wir Mapuche haben nie aufgehört Widerstand zu leisten. Geht nach Hause!«



Waldbrände, Notstand und Militarisierung



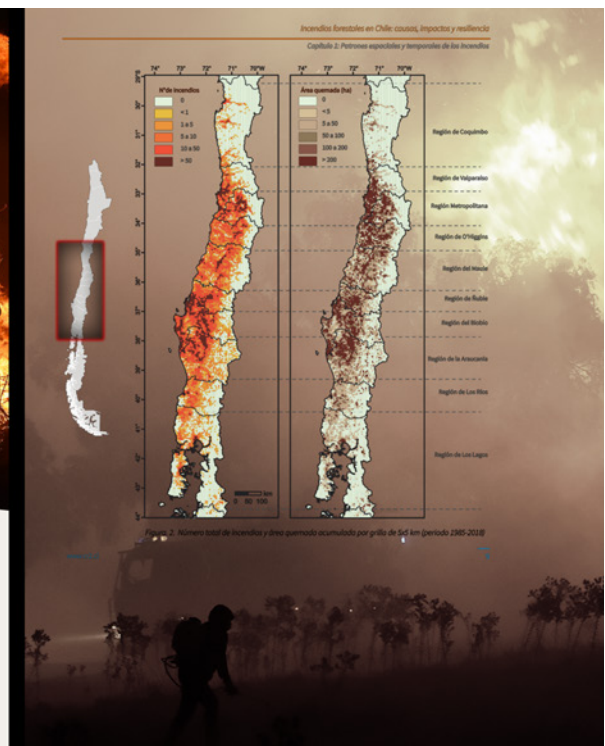
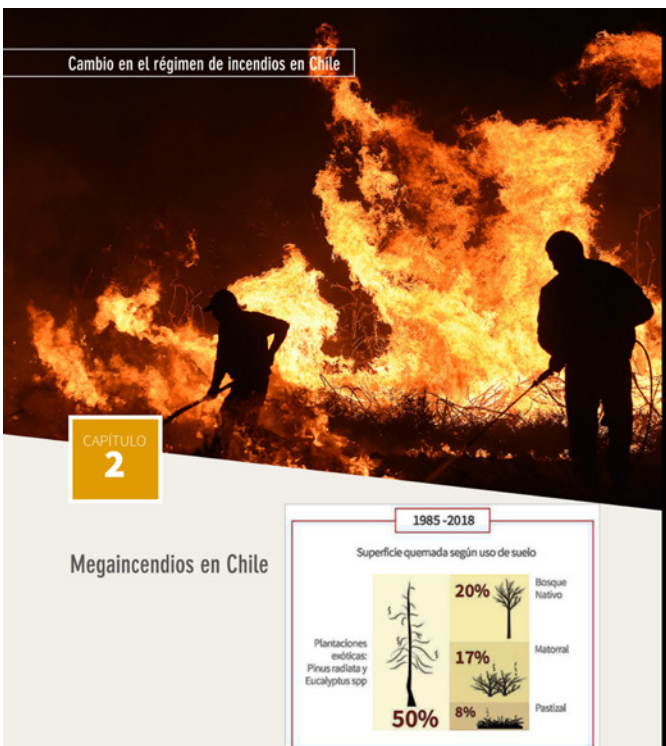
»Gegen Mittag drang hier großer Rauch ein, bevor sich das Feuer am Nachmittag ausbreitete. Die Feuerwehr begann zu löschen und viele Leute halfen mit Kanistern und Eimern. So konnten wir den Brand eindämmen und die Gebäude retten.«

Die Familie steht vor einer schwierigen Situation. Denn das Feuer zerstörte auch eigene Pflanzungen für die Nahrungsmittelversorgung.

In jeder Trockenzeit kommt es in Chile zu verheerenden Waldbränden. Die registrierte Anzahl hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Allein 2017 sind über eine halbe Millionen Hektar in Flammen aufgegangen.

Leidtragende sind die angrenzenden Gemeinden, wie hier im Umland von Ercilla. Maria Rosa Namuncura Queipul, Lonko [Gemeindeoberhaupt] aus Ercilla in Araukanien, meint dazu:

Das Wissenschaftszentrum für Klima untersuchte für seinen Bericht 2020 die Großbrände in Chile. Während die Hälfte der Feuer in Forstplantagen auftritt, sind Naturwald, Weiden und Buschland weit weniger betroffen. In den ausgedehnten Monokulturen der Regionen BíoBío, Los Ríos, Los Lagos und Araukanien verzeichnet das Klimazentrum die meisten Brände. Es führt dies auch auf die ätherischen Öle und die Harze von Eukalyptus und Kiefer zurück.



2019 wurde der Ausnahmezustand verhängt. Das Militär erhielt die rechtliche Grundlage, Kontrollpunkte zu errichten und Löscharbeiten abzusichern. Laut Dachverband Corma investiert die Branche jährlich 75 Millionen Euro in Ausrüstung, Flugzeuge und Löhne zur Brandbekämpfung.

In der chilenischen Gesellschaft gibt es einen intensiven Diskurs über die Ursachen der Feuer. Einige sehen die Schuld bei den Forstunternehmen und Elektrizitätswerken. Diese würden keine Brandschutzstreifen anlegen und die Wartung der Leitungen vernachlässigen. Andere vermuten hingegen ökonomisch oder politisch motivierte Brandstiftung. Guillermo Turner Olea, Sprecher des Forstunternehmens CMPC, vertritt folgende Meinung:

»Zuerst muss dieser Vandalismus kontrolliert werden. Die Arbeit der Streitkräfte besteht im Grunde genommen aus einer Untersuchung. Um an den Brandort zu gelangen, muss die physische Sicherheit der Menschen gewährleistet sein. Das Militär erfüllt diese Rolle sehr gut, deshalb ist dessen Präsenz richtig.«

Emilia Coñumil, Gemeinderätin von Ercilla, sieht dies anders:

»Bei einem Brand wird angenommen, dass die Mapuche diesen gelegt hätten. Aus diesem Grund militarisieren sie das Gebiet und setzen immer mehr Drohnen, Flugzeuge und technische Geräte ein. Durch die Überwachung sollen die Brandstifter:innen ausfindig gemacht werden. Letztlich kommt bei diesen Untersuchungen nie etwas heraus.«

Mehrere Organisationen verweisen dagegen auf den signifikanten Zusammenhang zwischen Schädlingsbefall und Waldbrand. Häufig sind unrentable Plantagen betroffen, die längere Zeit unter Quarantäne standen. Für Baumkrankheiten kommen die Versicherungen nicht auf. Leonardo Curinao Huañaco erläutert uns:

»In der Sommersaison gibt es hier eine große Anzahl von Bränden. Vor allem die Gemeinden sind von diesen betroffen. Die Unternehmen sind abgesichert. Einerseits besitzen sie eine Feuerversicherung, andererseits subventioniert die Regierung ihre ›Verluste‹. Für sie ist dies kein Verlust, sondern ein Geschäft.«

Anfang 2021 wurden in der Region Maule sieben Feuerwehrleute festgenommen. Als Angestellte eines Privatunternehmens hatten sie 15.000 Hektar Wald angezündet. Die Feuerwehrleute befinden sich derzeit wegen gezielter Brandstiftung in Untersuchungshaft.



Zellstofffabriken



Die beiden Konzerne Arauco und CMPC teilen sich die nationale Zellstoffproduktion. Sechs von acht chilenischen Standorten befinden sich südlich des Bío-Bío-Flusses. Das Geschäft für den Weltmarkt boomt. Ab 1990 stieg die produzierte Menge auf rund 5 Millionen Tonnen jährlich – genauso viel wie Deutschland 2020 weltweit importierte.

Wir besichtigen die zweitälteste Zellstoffanlage Südamerikas. Im chilenischen Laja begann 1959 der Aufstieg CMPCs zum heutigen Weltkonzern. Laja zeigt aber auch die blutige Kooperation des Unternehmens mit dem Militärregime. Eine Woche nach dem Putsch 1973 beteiligte sich die Werksführung an der Verschleppung und Erschießung von 19 Personen – die meisten waren sozialistische Gewerkschafter:innen. Die Angehörigen erfuhren erst 40 Jahre später von den Tatumständen, als beteiligte Polizisten das Schweigen brachen. Heute sind 400 Personen im Werk beschäftigt. Rodrigo Rojas Aguirre ist Werksleiter des CMPC-Zellulosewerks Laja.

Er führt uns herum und erläutert den Produktionsablauf:

»Nach dem Zerkocher gelangt der Zellstoff zur Pressanlage, wo weiteres Lignin entfernt wird. Anschließend findet eine auf Chlorat basierende Bleiche statt. Letztlich entsteht im Furnierer eine weiße Paste, die zu einem Blatt geformt wird.«

Der chemische Fertigungsprozess ist energieaufwändig sowie wasser- und rohstoffintensiv. In den Anfangsjahren setzte das Werk Chlor zur Bleiche ein. Nach Umstellung auf Chlordioxid ist das Verfahren umweltverträglicher, aber weiterhin toxisch. Lucio Cuenca von der Umweltorganisation OLCA kritisiert die unzureichenden Betriebsauflagen:

»Die Produktion beinhaltet einen hohen Chemikalieneinsatz und umweltschädliche Emissionen. Verbrannte Bestandteile wie Chlor, Antitoxine, Furan, Schwefeldioxid und Stickstoffoxid gefährden Bevölkerung und Ökosysteme. Zudem liefern die Treibhausgase einen Beitrag zur globalen Erwärmung.«

Ein Ort, an dem es immer wieder zu Kontaminationen und Störfällen kommt, ist Nacimiento. Die Stadt mit ihren 26.000 Einwohner:innen liegt malerisch an zwei Flüssen. Bereits unter der Regierung Allende wurde hier Papier gefertigt. Heute unterhält CMPC ein Zellstoffwerk und bepflanzt nahezu drei Viertel des Landkreises.



Luis Vergara von der Umweltinitiative Limpiemos CMPC [»Putzen wir CMPC weg«] aus Nacimiento erzählt:

»Wir befinden uns hier neben der Deponie für Industriemüll. Der Gestank der Fabrikanlage von CMPC ist kaum zu ertragen. Hier gab es Bauernhöfe, Landgüter und Molkereien, die unsere Nahrungsmittel produzierten. Heute gibt es nichts dergleichen, nur noch industrielle Aktivitäten.«

Die Bürger:inneninitiative führt seit 2012 Demonstrationen, Blockaden und Öffentlichkeitsaktionen durch. Sie klagt gegen CMPC und informiert über die Gefährdung der Bevölkerung.



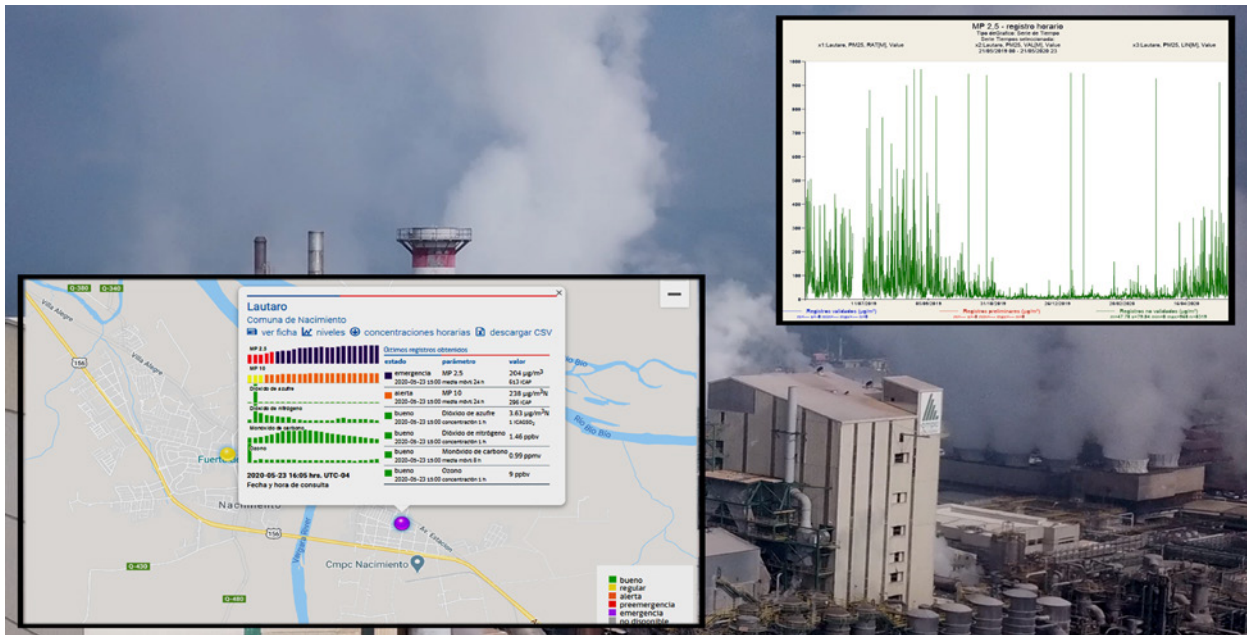
Beim größten Arbeitgeber der Gegend ist dieses Engagement nicht gern gesehen. So versucht das firmeneigene Sicherheitspersonal eine Berichterstattung zu verhindern. Aus Angst vor Repression möchte eine Anwohnerin unerkannt bleiben:

»Die Fabrik leitete ihre Abfälle neben der Brücke direkt in den Fluss. Als wir Kinder waren, konnten wir auf den Zelluloseresten am Flussufer laufen. Es wirkte wie ein riesiger Pappkarton. Das war natürlich gefährlich, aber für uns Kinder normal. Mit fortschreitendem Alter wussten wir, dass hier etwas falsch lief. Denn seit langem befindet sich die Wasserentnahme für das städtische Trinkwassersystem in Sichtweite flussaufwärts.«

Das Fehlen strenger Umweltauflagen und Kontrollinstanzen hat zur Kontaminierung des Grund- und Trinkwassers geführt. Aber auch die Emissionen des Werks stellen eine Gesundheitsgefährdung dar. Einer der schwer erkrankten Arbeiter von CMPC ist Patricio Castro:

»Die Realität ist, dass hier viele Menschen an Krebs erkrankten und starben. Im Landesvergleich hat diese Stadt eine der höchsten Krebsraten. Ich hatte in der Brust ein elf Zentimeter großes Geschwür, direkt neben der Leber. Nahe der Hohlvene und auf der anderen Seite gab es weitere. Die Ärzte diagnostizierten einen Lymphdrüsenkrebs. Sie gaben mir sechs Monate zu leben, weil der Krebs bereits im weit fortgeschrittenen Stadium war.«

Eine Behandlung im privatisierten Gesundheitssektor ist zeitintensiv und teuer. Für viele Betroffene bedeutet die Erkrankung Verschuldung und familiäre Betreuung. Nach langen Protesten veranlasste das Umweltministerium die fortlaufende Messung der Feinstaubbelastung. Die durchschnittlichen Emissionen überschreiten den Richtwert der Weltgesundheitsorganisation. Die WHO warnt in diesem Fall vor Lungenerkrankungen und Beeinträchtigung der Fruchtbarkeit.



Allein 2019 wurde achtmal der Umweltnotstand als höchste Kategorie verzeichnet. Der Sprecher des Unternehmensverbands der Forstwirtschaft Alejandro Casagrande entgegnet:

»Wir sind überzeugt, dass nicht wir das Problem sind. Wir können einen Beitrag leisten und Teil der Lösung sein. In diesem Sinne sind wir bereit, uns hinzusetzen und über Lösungswege zu reden. In unserem Sektor denken wir langfristig. Wir werden in der Region bleiben!«

In der Vergangenheit gab es bereits mehrere öffentliche Versammlungen mit Bürger:innen sowie Vertreter:innen von Stadt, lokaler Umweltbehörde und Unternehmen. Aufgrund der anhaltenden Kontaminationen wendete sich Marcos Martinez von der Behörde später an FSC Chile:

»FSC stellte für uns eine Möglichkeit dar, um die Forstunternehmen zu kontrollieren. Wir haben ihnen Fotos und auch Proben von Ascheablagerungen geschickt. Diese stammen aus den Kesseln der Zellstoffproduktion. Laut Unternehmen verwenden sie die Asche mancherorts als Dünger. Dieser beinhaltet die gleichen Giftstoffe und Schwermetalle, die später in die Gewässer gelangen. Wir haben FSC darüber informiert, aber nie eine Antwort bekommen, nichts!«

Der ehemalige Gemeinderat von Nacimiento Marco Antonio Barra Cartes fügt hinzu:

»Wir reichen unsere Beschwerden bei dieser Instanz ein. Jedoch müssen wir feststellen, dass sie im nächsten Jahr genauso weitermachen. Das Schlimmste sind die internationalen Preise, die diese Unternehmen gewinnen. Sie erhalten weltweite Anerkennung für ihr gutes Verhältnis zu den Gemeinden und den sauberen Produktionsprozess. Wir Einwohner:innen leben 200 Meter entfernt von ihnen und sehen, dass dies nicht der Fall ist.«

Die Bürger:inneninitiativen haben kürzlich einen Teilerfolg errungen. Der Konzern musste die jahrelange Abwasserentsorgung in den Fluss stoppen.





Die Zellstoffindustrien sind verantwortlich für mehrere gravierende Umweldesaster. Nahe Valdivia nahm Arauco 2004 eine neue Fabrikanlage in Betrieb. Die illegale Produktionssteigerung und geheime Einleitung von Chemikalien verseuchte ein international geschütztes Feuchtbiotop. Seltene Tierarten wie Schwarzhalschwäne kamen dadurch ums Leben. Sara Larraín Direktorin des Programms »Nachhaltiges Chile« fasst das so zusammen:

»Ich glaube, dass dieser Fall die absurde und schmerzhafteste Wirklichkeit zeigt. In Chile existieren Unregierbarkeit und Straflosigkeit. Wir haben Korruption in Wissenschaft, Rechtsprechung und Umweltverwaltung festgestellt.«

Ein Jahrzehnt später wurde Arauco zu einer Strafe von 5 Millionen Euro verurteilt.

Wir fahren in den Westen von Bio-Bio. Hier schuf Arauco ein dichtes Netz aus Forstplantagen, Dienstleistungsfirmen und Zellstofffabriken. In der gleichnamigen Küstenprovinz leben heute rund 170.000 Einwohner:innen. Virginia Perez ist Stadträtin und gehört der Initiative »Nachhaltiges Laraquete« an:

»Das Werk ist anderthalb Kilometer von hier entfernt. Es funktioniert wie eine beleuchtete und gepflasterte Stadt. Bereits vor dem damaligen Fabrikbau existierte das benachbarte Dorf Horcones. Hier ist keinerlei Entwicklung zu erkennen. Es wurde nicht

investiert in Straßen- und Gebäudereparatur, Beleuchtung oder Bau von Gehwegen.«

Am Pazifischen Ozean erweitert Arauco seine Industrieanlage. Im Rahmen des Projekts MAPA entsteht eines der größten Zellstoffwerke der Welt – Baukosten knapp 2 Milliarden Euro. Mauricio Leiva erläutert als Sprecher von Arauco das Bauvorhaben:

»Das Projekt MAPA sieht hier eine Produktionssteigerung von 650.000 auf 2.1 Millionen Tonnen vor.«

Fast 5000 Personen sind an der Konstruktion beteiligt, zumeist als Angestellte von Subunternehmen. Entgegen der Zusagen der Werksleitung entstanden kaum Jobs für die ansässige Bevölkerung. Auch für die spätere Zellstoffproduktion will der Konzern Facharbeiter:innen aus anderen Regionen anwerben.



Viele Forderungen und politische Eingaben der ansässigen Bevölkerung wurden nicht in das Genehmigungsverfahren integriert oder unmittelbar abgewiesen. Allerdings konnte die Bevölkerung von Laraquete erreichen, dass der Konzern die Wasserqualität verbessern muss. Hierfür werden die bestehende Aufbereitungsanlage erneuert und weitere Haushalte ans Wassernetz angeschlossen.



Für Arauco bedeuten lokale Bautätigkeiten einen Imagegewinn. Firmeneigene Kamerateams berichten über die positiven Entwicklungen von MAPA. Über die Auswirkungen und Unfälle im Industriekomplex ist dagegen kaum etwas zu erfahren. Wie Anfang 2020, als es zu einer Explosion in der zuliefernden Terpentinfabrik kam.

Nach dem Ausbau verbraucht das Werk 200 Millionen Liter Wasser täglich – genauso viel wie zeitgleich 1,5 Mio. Chilen:innen. Aber auch der Chemikalieneinsatz wird steigen. Die Menschen in den Gemeinden befürchten eine Umweltkatastrophe für die Meeresregion.

Mauricio Leiva sieht die Kritik als unbegründet an und verweist auf die gesetzlichen Richtlinien:

»Bei der Erstellung der Umweltverträglichkeitsstudie begannen wir frühzeitig die Nachbar:innen zu beteiligen. Über zwei Jahre diskutierten wir über Produktion und Umweltschutz, aber auch über die sozialen Vorteile von MAPA. Die Vertreter:innen der betroffenen Gemeinden kritisieren den schnellen und einseitigen Genehmigungsprozess von MAPA.«



Lucio Cuenca von der Umweltorganisation OLCA verfolgt die Realisierung des Großprojekts MAPA seit langem. Die Umweltprüfungen beurteilt er folgendermaßen:

»In Chile müssen diese Projekte eine Umweltgenehmigung von staatlichen Behörden erhalten. Einige festgelegte Bedingungen müssen erfüllt sein, bevor die Umweltgenehmigung vergeben wird. In diesem Verfahren gibt es keine verbindliche Beteiligung der Gemeinden. Vielmehr werden diese über einige Projektthemen informiert, ohne Einfluss auf die endgültige Entscheidung zu haben. Hinter der Genehmigung dieses Projekts steht ausschlaggebend eine politische Entscheidung. Die technische Umweltbewertung ist nicht so bedeutend.«



Viele Menschen in der Region sprechen sich gegen das Projekt MAPA aus. Sie fürchten den steigenden Holzbedarf und eine Ausdehnung der Plantagen. Auch im Umland von Curanilahue, wo vor einem Jahrhundert die ersten Plantagen entstanden.

Die Landkooperative »Mundo Nuevo«



Der Historiker Sebastian Paredes Gajard forscht zu den Forstkonzernen in der Region:

»Zurzeit gibt es einige Landbesetzungen, da in Curanilahue keine Flächen für den Wohnungsbau vorhanden sind. Arauco kontrolliert etwa 60% des kommunalen Landbesitzes, zusammen mit Forestal Mininco sind es sogar 80%.«

Eines dieser umkämpften Grundstücke liegt in den angrenzenden Bergen. Die Genossenschaft »Mundo Nuevo« nahm 2018 ein 5000 Hektar großes Forstgelände wieder in Besitz. Delfina Fonseca ist Mitglied der Kooperative »Nuevo Mundo« [Neue Welt] aus Curanilahue. Sie erzählt vom Beginn der Landbesetzung:

»Nach unserer Ankunft bauten wir Zelte auf und übernachteten hier. Wir hielten Wache, schlossen die Tore ab und eigneten uns das Land wieder an. Wir brachten ein Sägewerk her und schnitten das Holz für die Häuser, die weiter oben stehen.

Später legten wir gemeinsam die Obst- und Gemüsegärten an. Es war ein harter Kampf! «

Auch Andrés Maldonado Bastías ist Mitbegründer der Gemeinschaft. Er erinnert sich:

»Ich wurde 1936 auf dieser Farm namens »Neue Welt« geboren. Die Zeit verging, bis die Genossenschaft das Grundstück 1969 kaufte. Wir waren beim Landerwerb 36 Mitglieder. Leider kam dann das berühmte Forstunternehmen Arauco in das Anwesen Rosares. Es drang hier 1974 ein und vertrieb die Menschen vom Grundstück.«

Arauco kooperierte in der Diktatur mit Militär und Polizeieinheiten. Gewaltsam räumten sie das Gelände und zündeten die Häuser an. Anschließend vermarktete das Unternehmen die Baumbestände der Genossenschaft und legte neue Plantagen an. Vor Kurzem zog Arauco vor Gericht. Laut Konzern sei das Grundstück in der Diktatur rechtmäßig übertragen worden. Der Sprecher der Kooperative, Miguel Castillo von Nuevo Mundo, führt dazu aus:

»Wir haben Papiere, um unsere Landrechte darzulegen. Wegen dieser Rechte bleiben wir hier. Wir sind zuversichtlich und erheben unsere Stimme, denn wir sind keine Landdiebe. Wir versuchen wiederherzustellen, was unsere Großeltern besessen haben.«

Mittlerweile haben Arauco und die Staatsanwaltschaft ihre Klage wegen geringer Erfolgsaussichten zurück gezogen. Dennoch versucht der Konzern die Plantage abzuernsten. Er sperrt eine öffentliche Straße mit Zäunen ab und verweigert den Zutritt. Bislang kann die Gemeinschaft die illegale Holzernte verhindern.

Trotz der schwierigen Situation gestalten die Bewohner:innen ihre »Neue Welt«. Fast ein halbes Jahrhundert ist vergangen, die Vision einer selbstbestimmten Gemeinschaft geblieben, wie Sebastian Paredes Gajard veranschaulicht:

»Die »Neue Welt« hat eine tiefere Bedeutung. Sie gibt Bewohner:innen von Curanilahue sowie landlosen Bäuerinnen und Bauern Hoffnung, das verlorene Land zurück zu bekommen. So können Ernährungssouveränität und Selbstbestimmung wieder hergestellt werden.«



Die noch lebenden Gründungmitglieder werden mit Respekt betrachtet; sie haben ihr gesamtes Leben mit dem Kampf um Land verbracht. Die Tochter von Andrés Maldonado erklärt:

»Sein Traum ist es, hier zu sein. Dann macht er keine Pausen und ist ständig unterwegs. Er hackt und reinigt Brennholz – tut alles, was er kann.«

Für Bertha Romero Pérez von der Kooperative ist eine Sache besonders wichtig:

»Ich möchte, dass die Menschen in anderen Ländern erfahren, auf wessen Rechnung sie Holz kaufen und welchen Schaden sie dadurch anrichten. Uns Armen fügen sie hier in Chile großes Leid zu!«

